

Der Kreisausschuss stimmt der nachstehenden Resolution im Wege des Eilbeschlusses nach § 50 Abs. 3 KrO NRW zu:

**Resolution
gegen die beabsichtigte Verlagerung von Teilen des Bundesverfassungsschutzes
von Köln nach Berlin**

Der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises nimmt die Pläne der Bundesregierung, die Abteilung für Islamismusbekämpfung des Bundesverfassungsschutzes von Köln nach Berlin zu verlegen, mit großem Unverständnis zur Kenntnis und spricht sich gegen die geplante Verlagerung sowie für einen dauerhaften Erhalt des Bundesverfassungsschutzes am Standort Köln aus.

Die geplante Verlagerung der Abteilung für Islamismusbekämpfung des Bundesverfassungsschutzes ist ein weiterer Verstoß gegen das Berlin/Bonn-Gesetz und gegen den Willen des Deutschen Bundestages, auf der Grundlage der Vorschläge der Unabhängigen Föderalismuskommission zu einer „ausgeglichenen Verteilung von Bundesbehörden“ zu kommen und eine dauerhafte und faire Arbeitsteilung sicherzustellen.

Es ist zu befürchten, dass mit der beabsichtigten Verlagerung von Teilen des Bundesverfassungsschutzes weitere für die Region Köln/Bonn negative Standortentscheidungen folgen werden, die eine weitere Zentralisierung von Bundesbehörden mit sich bringen. Eine solche Entwicklung würde nicht nur die Gesamtregion Köln/Bonn treffen, sondern dem föderalen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland insgesamt Schaden zufügen.

Die bisher in der Presse dargestellten Gründe rechtfertigen eine Verlagerung von Teilen des Bundesverfassungsschutzes nicht.

Wir lehnen es ab, dass auf der Grundlage einer aus sachlichen Gründen nicht nachvollziehbaren Entscheidung der Bundesregierung Arbeitsplätze aus der Region abgezogen werden und einer großen Zahl in Köln beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhebliche berufliche, persönliche und familiäre Nachteile aufgebürdet werden.

Wir appellieren daher an die Landesregierung, den Nordrhein-Westfälischen Landtag und an die Bundestagsabgeordneten der Region, den Verlagerungsabsichten entschieden entgegen zu wirken.

Wir erklären uns mit der Resolution des Rates der Stadt Köln vom 14.11.2006 solidarisch und unterstützen die Stadt Köln in ihrem Bemühen, den Bundesverfassungsschutz am Standort Köln dauerhaft zu erhalten.